

**An den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg  
Winfried Kretschmann MdL  
Staatsministerium Baden-Württemberg  
Richard-Wagner-Str. 15  
70184 Stuttgart**

Stuttgart, 11-12-2011

Sehr geehrter Herr Kretschmann,

als ehemaligem Ethiklehrer und Philosophieanhänger sagt man Ihnen nach, Sie haben die Bücher gelesen, von denen Herr Mappus nicht einmal die Titel kannte. Sicherlich sind Sie auch ein Anhänger der Aufklärung. Der Leitspruch „Sapere Aude! Habe Mut Dich Deines Verstandes zu bedienen... Faulheit und Feigheit sind die Ursachen ... warum ein großer Teil der Menschen ... zeitlebens unmündig bleiben, und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen.“

Ich vermute, dass es Ihnen sehr viel näher lag aus dem Projekt auszusteigen, aber die SPD hat es wohl nicht zugelassen. *Sehr vieles sprach dafür*: Die Regierung Öttinger wusste schon 2009, dass sich die Kosten auf 4,9 – 6,5 Milliarden Euro belaufen werden. Dem Parlament, den Parteimitgliedern und der Bevölkerung wurden diese Zahlen vorenthalten. Es herrscht unter Richtern und Staatsanwälten darum große Übereinstimmung, dass Verträge unter diesen *Voraussetzungen* sittenwidrig sind. Sie können wegen arglistiger Täuschung gekündigt werden. Als Einzelperson hat man leider kein Klagerecht, aber Sie als Regierungschef hätten dieses Klagerecht gehabt. Der scheinbar unabdingbare Zwang zur Verständigung mit der SPD schloss diesen Weg leider aus. Die Folgen aus den Ergebnissen der Volksabstimmung wird vor allem der grüne Teil der Regierung tragen müssen.

Sie haben die Volksabstimmung als positiv und als Fortschritt für die Demokratie gesehen.

Herr Albrecht Müller, Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt, Herausgeber der Nachdenkseiten und Autor vieler Bücher, sieht das Ergebnis eher als ein Zeichen dafür, dass die Demokratie nicht mehr funktioniert. Es war ein Kampf mit unfairen Voraussetzungen, David gegen Goliath. Goliath hatte die geballte Medienmacht an seiner Seite, den SWR und als Speerspitze die Stuttgarter Zeitungen, die sich rühmten, dass ohne sie das Projekt schon längst tot sei (es war tot unter Bahnchef Ludewig, weil es sich nach der Kosten-Nutzen-Abwägung nicht rechnete, durch ein Wunder, bewerkstelligt durch die Bahnchefs Mehdorn und Grube rechnet es sich plötzlich).

Dazu kamen die Apparate von CDU, FDP und Freien Wählern, die noch Landräte und Bürgermeister als Hilfstruppen hatten. Kräftige Unterstützung leisteten die IHK, der Arbeitgeberverband und viele Manager. Die Region Stuttgart hat alleine 1 Million Euro für Werbung missbraucht, anstatt dieses Geld in dringend benötigte S-Bahn-Züge zu investieren. Die Arbeitgeber haben im ganzen Land Filme in den Kinos geschaltet, der Oberbürgermeister von Stuttgart nimmt 130 000 Euro aus der Stadtkasse und schreibt jedem Einwohner Stuttgarts einen persönlichen, einseitig gefärbten Brief.

Ist diese Vorgehensweise in Ihren Augen demokratisch?

Mit der Volksabstimmung hat die Regierung Merkel mit ihrem Verkehrsminister Ramsauer ein wichtiges bundespolitisches Ziel schon erreicht. Sie als Ministerpräsident und die Regierung, besonders der grüne Teil, sind beschädigt, weil sie als Verlierer dastehen, im Gegensatz zu den Verlierern der letzten Landtagswahl, die sich jetzt als Sieger gerieren.

Durch die angekündigte konstruktiv-kritische Begleitung des Weiterbaus von S 21 brechen Sie jetzt schon ihre ersten Wahlversprechen. Im Koalitionsvertrag steht: *„Wir wollen unser Land zu einer Pionierregion für nachhaltige Mobilität machen.“* (S.25) *„Wir unterstützen das Leitbild „Deutschlandtakt“ für einen bundesweiten integralen Taktfahrplan im Fernverkehr...Den integralen Taktverkehr wollen wir konzeptionell weiterentwickeln.“* (S. 27)

Mit einem nur 8-gleisigen Durchgangsbahnhof in Stuttgart ist ein integraler Taktfahrplan jedoch nicht möglich!

Politisch werden Sie ab jetzt nur noch in der Defensive sein. Das hat am 30.11.2011 bei der aktuellen Stunde im Bundestag schon begonnen, wo der CDU-Generalsekretär Ihnen die Verantwortung dafür gegeben hat, dass Sie die Leute auf die Bäume gebracht haben; jetzt sollen Sie persönlich zum Park gehen und die Leute wieder herunterholen. Herr Grube hat Ihnen unmittelbar nach der Volksabstimmung gedroht, notfalls vor Gericht zu gehen, falls das Land nicht die Kosten aus den im Stresstest beschlossenen Maßnahmen übernimmt.

Politisch wird jetzt die Allianz aus bürgerlichen Parteien, der Bündnisse aus IHK, Arbeitgeberverband, Bürgermeistern und Landräten in die Offensive gehen. Damit die Bahn ungestört bauen kann, muss Ruhe einkehren und es darf keine Emotionen mehr geben. Deshalb auch die Forderung, keine weiteren Demonstrationen zu veranstalten. War es der politische Druck, der Sie veranlasste, Stellung zur der Frage zu nehmen, ob weitere Montagsdemonstrationen sinnvoll seien? Zweites Ziel der S 21 Befürworter ist es, die Bewegung zu spalten. Die Grünen müssen aus dem Aktionsbündnis hinaus gedrängt werden. Sie sollen das Projekt konstruktiv begleiten. Der Verkehrsminister soll zurücktreten, seine vertrauten Mitarbeiter sollen als S-21-Gegner das Ministerium verlassen. Außerdem soll ein Keil zwischen die Umweltverbände wie BUND, VCD, Nabu, Pro Bahn, Klima- und Umweltbündnis Stuttgart und die Grüne Partei getrieben werden.

Danach werden Sie in die nächste Falle gelockt: Als grüner Ministerpräsident müssen Sie dafür sorgen, dass die Bahn ungehindert den Südflügel abreißen und den Schlossgarten zerstören kann. Die Bewohner von Stuttgart werden dem Abriss und der Zerstörung ihres Stadtzentrums sicherlich nicht ruhig beiwohnen. Nirgendwo in der Bundesrepublik gibt es eine größere Anhängerschaft für die Grünen als in den Stuttgarter Innenstadt-Bezirken. In Stuttgart Mitte, Ost, Süd und West hat eine Mehrheit mit Ja gestimmt und sogar das Quorum erreicht! Stuttgart mit ca. 550 000 Einwohnern hatte auch die Basis für Ihren Wahlsieg gelegt. Frau Merkel, Herr Ramsauer und die alten baden-württembergischen Seilschaften mit ihren verfilzten Strukturen werden sich genüsslich zurücklehnen, wenn der grüne Ministerpräsident einen Einsatzbefehl für die Polizei gegen seine größten Befürworter und Unterstützer bei der letzten Wahl geben muss. Etwas Besseres kann den Wahlverlierern zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht passieren.

Ein weiterer Punkt ist die Kostenfrage: Die Regierung hofft immer noch relativ naiv, sie könne die Bahn mit einem Kostendeckel von 4.5 Milliarden Euro unter Druck setzen. Aber *“eine Geschichte ist erst dann zu Ende, wenn sie ihre schlimmstmögliche Wendung genommen hat.“ (Friedrich Dürrenmatt)*

Nehmen wir das worst- case-Szenario an: Die Bahn reißt den Südflügel ab, zerstört den Schlossgarten und beginnt die große Tunnelröhre auf die Filder zu bohren. Wegen steigender Kosten geht die Bohrfirma insolvent, weil sie mit dem engen Finanzierungsrahmen trotz billiger Leiharbeiter aus dem Osten nicht auskommt und die Bahn hat oder gibt kein Geld mehr. Ist irgendjemand so blauäugig, zu glauben, dass in dieser Situation - der alte Bahnhof kaputt, der Park zerstört, die neuen Gleisstrecken nicht fertig - das Land einfach sagen könnte: Nein wir zahlen nicht, wir lassen das Bohrloch, wie es ist?

Abschließend noch ein letzter, wichtiger Punkt: Kein Mensch würde in ein Flugzeug steigen, wenn er wüsste, dass die Landebahn am Zielort noch gar nicht existiert. Bei S 21 verhält es sich ähnlich: Die Bahn beginnt zu bauen, aber sie hat keine Planfeststellung für die Filder- Region. Sie weiß nicht einmal, ob sie diese jemals bekommen wird. Außerdem ist noch eine Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof wegen des Grundwassermanagements anhängig, und es besteht die Gefahr, dass die Privatbahnen juristische Schritte gegen die noch ungeklärte Aufgabe des Kopfbahnhofs unternehmen. Sollte deren Klage erfolgreich sein, können die Gleise nicht umgewidmet werden, das ganze Immobilienprojekt löste sich in Luft auf (siehe Anlage). Trotzdem möchte die DB AG im Januar den Südflügel abreißen und den Schlossgarten zerstören.

Sie, aber auch die DB AG, wissen um diese Risiken!

Daher der dringende Appell:

Unternehmen Sie bitte einen erneuten Versuch, die Bahn daran zu hindern, die Bauarbeiten ohne vorherige Klärung dieser Aspekte weiter voran zu treiben; es muss eine ordentliche Bauausführung gewährleistet sein.

*Mit freundlichen Grüßen*

*Manfred Niess*

GEW Stuttgart

Koordinator des Klima- und Umweltbündnisses Stuttgart